



# Working Paper

**Ideologische Signale in den  
Wahlprogrammen der deutschen  
Bundestagsparteien 1980 bis 2002**

Franz Urban Pappi  
Susumu Shikano

Franz Urban Pappi

Susumu Shikano

**Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der  
deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002**

Arbeitspapiere – Working Papers  
Nr. 76, 2004

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

**Pappi, Franz Urban:**

Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen

Bundestagsparteien 1980 bis 2002 / Franz Urban Pappi ; Susumu Shikano. –

Mannheim : MZES, 2004

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ; 76)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 2,60

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

*Redaktionelle Notiz:*

*Prof. Dr. Franz Urban Pappi, Inhaber des Lehrstuhls für Politische Wissenschaft I, Universität Mannheim, und zur Zeit Leiter des Arbeitsbereichs B des MZES. Er leitet am MZES die beiden Projekte „Wahlssystem und Koalitionsoptionen als Anreize zum strategischen Wählen“ und, zusammen mit Dr. Paul Thurner, „Die Institutionalisierung von internationalen Verhandlungssystemen im Vergleich: Theorie und Empirie“.*

*Dr. Susumu Shikano ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I, Universität Mannheim. Er leitet am MZES das Projekt „Wechselwirkungen von gemischten Wahlssystemen mit zwei Stimmen“.*

## Zusammenfassung

Die Wahlprogramme der Parteien stellen Politikangebote an die Wähler dar. Es sind die Policypakete, zwischen denen die Bürger alle vier Jahre entscheiden können. In diesem Beitrag beantworten wir die Frage, inwieweit man aus den Wahlprogrammen Information über die ideologischen Richtungen herauslesen kann, die von den einzelnen Parteien vertreten werden. Hierfür treffen wir eine wichtige Vorentscheidung: Wir analysieren die Parteipositionen für den Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik getrennt vom Bereich der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik. Wir erwarten nämlich für das deutsche Parteiensystem eine zweidimensionale Konfliktstruktur, die Laver/Hunt als Benelux-Konstellation bezeichnen. Der untersuchte Zeitraum reicht von 1980 bis 2002, in dem zwei Regierungswechsel und zwei Eintritte neuer Parteien ins Parteiensystem stattfanden. Unsere empirische Analyse, die die Faktorenanalyse auf die Daten aus dem Comparative-Manifesto-Projekt anwendet, weist für beide Politikfelder zwei latente Dimensionen nach. Der erste Faktor erfasst die zeitspezifischen Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme und der zweite Faktor erfasst die ideologischen Unterschiede der Parteien.

# Inhalt

1.	Fragestellung .....	1
2.	Theorien des Parteienwettbewerbs als Grundlagen der Analyse von Wahlprogrammen.....	2
3.	Untersuchungsplan.....	6
4.	Die thematischen Schwerpunkte der Parteien .....	11
5.	Die ideologischen Signale der Wahlprogramme .....	15
6.	Zusammenfassung .....	21
7.	Literatur.....	22
Anhang 1 .....		24
Anhang 2 .....		25
Anhang 3 .....		26
Anhang 4 .....		28

## 1. Fragestellung <sup>1</sup>

Die Wahlprogramme der Parteien stellen Politikangebote an die Wähler dar. Es sind die Policypakete, zwischen denen die Bürger alle vier Jahre entscheiden können. Aus diesen Angeboten ergeben sich Hinweise auf thematische Politikschwerpunkte und auf die politische Richtung, die eine Partei zur Lösung anstehender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme anstrebt.

Wähler sind natürlich nicht die einzigen Adressaten von Wahlprogrammen. Wie von Wissenschaftlern, die systematisch die Inhalte von Wahlprogrammen untersucht haben, immer wieder betont wird, haben Wahlprogramme auch die Funktion, eine Partei intern auf eine bestimmte Politik festzulegen. Schließlich werden Wahlprogramme in der Regel von Parteitagern verabschiedet und können so als Festlegung der Parteilinie für die nächste Legislaturperiode interpretiert werden. Dabei spielt in Mehrparteiensystemen ein weiterer Gesichtspunkt eine große Rolle, nämlich die Koalitionsfähigkeit der Partei. Koalitionen zwischen Parteien, deren politische Forderungen zu weit auseinander liegen, sind schwer vermittelbar, selbst wenn man unterstellt, dass die Parteiführer eher ämterorientiert als policyorientiert handeln (vgl. zu diesen Funktionen von Wahlprogrammen z.B. Volkens 1998 oder McDonald und Mendes 2001).

Wenn man Wahlprogramme aufmerksam durchliest, fallen einem noch weitere mögliche Adressaten auf. Das sind die Interessengruppen, vor allem diejenigen, die mit einer Partei seit langem verbunden sind. Ihnen muss die Partei signalisieren, wie sie den jeweiligen Interessenstandpunkt unter den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen weiterhin vertreten will.

Unsere Frage ist, inwieweit man aus den Wahlprogrammen Information über die Policy- oder ideologischen Richtungen herauslesen kann, die von den einzelnen Parteien vertreten werden. Wahlprogramme beziehen sich auf die von einer Partei für richtig gehaltenen Politiken für die nächste Legislaturperiode. Sie enthalten also zunächst Aussagen über konkrete Policies. Ideologien dienen der Informationsverdichtung, mit der es den Wählern leichter gemacht wird, über den Einzelheiten konkreter Politiken die größere politische Richtung einer Partei zu erkennen. Insofern brauchen die Wähler ideologische Signale, um ohne Detailwissen die politische Richtung, die eine Partei einschlagen will, zu erkennen.

Der von uns untersuchte Zeitraum reicht von der letzten Bundestagswahl unter der sozialliberalen Koalition 1980 bis zur ersten Wahl unter einer amtierenden rot-grünen Koalition 2002. Dazwischen liegen zwei Wahlen, die einen Koalitionswechsel entweder bestätigten oder herbeiführten. 1983 sollten die Wähler den durch das konstruktive Mißtrauensvotum gegen den Bundeskanzler Helmut Schmitt herbeigeführten Wechsel zur ersten Regierung Kohl bestätigen und 1998 führte das Wahlergebnis zum

---

<sup>1</sup> Wir bedanken uns bei Andrea Volkens für die Weitergabe der Inhaltsanalysen der Wahlprogramme der deutschen Parteien an uns (vgl. Volkens 1998), die im Rahmen des internationalen Comparative Manifestos Projects (CMP) am WZB unter der Leitung von Hans-Dieter Klingemann erhoben wurden. Frau Evelyn Bytzek danken wir für die fachgerechte Durchführung der Auswertungsarbeiten und Martin Elff und Hermann Schmitt für kritische Kommentare.

ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zu einem vollständigen Regierungswechsel, bei dem die neue Bundesregierung sich ausschließlich aus Oppositionsparteien der vorausgegangenen Legislaturperiode rekrutierte. Der Untersuchungszeitraum 1980 bis 2002 bietet somit die Möglichkeit, die Auswirkungen des Koalitionswechsels der FDP 1982 und der Übernahme von Regierungsverantwortung durch die Grünen 1998 auf die Policy-Positionen dieser Parteien zu untersuchen. Ein weiterer möglicher Grund für die Änderung von Policy-Positionen ist die Veränderung des Parteiensystems vom Dreiparteiensystem der späten 70er Jahre zum Vierparteiensystem der 80er Jahre bis zum Fünfparteiensystem der Zeit nach der Wiedervereinigung.

Grundsätzlich gehen wir von der Vorstellung aus, dass sich Policy-Positionen von Parteien zwar ändern können, dass aber die zugrunde liegenden ideologischen Positionen mittelfristig relativ stabil sind. Für die Erfassung der ideologischen Position treffen wir eine wichtige Vorentscheidung. Wir werden die Parteipositionen für den Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik getrennt messen vom Bereich der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik. Dabei erwarten wir, dass die ideologischen Positionen innerhalb dieser beiden Politikbereiche jeweils eindimensional geordnet werden können, dass sich aber nicht die gleiche Rangordnung der Parteien in diesen beiden Politikbereichen ergeben muss. Wir gehen also nicht von der Vorstellung aus, dass sich die Policy-Positionen der Parteien in den verschiedenen Politikfeldern zu einer einzigen Links-Rechts-Skala verdichten lassen. Wir erwarten vielmehr für das deutsche Parteiensystem eine zweidimensionale Konfliktstruktur mit einer rechten, marktwirtschaftlichen Position der FDP rechts von der CDU/CSU im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik und einer eher progressiven Position der FDP links von der konservativen CDU/CSU in der Innen-, Rechts- und Gesellschaftspolitik. Dieses von Laver/Hunt (1992) als Benelux-Konstellation bezeichnete Parteiensystem ist historisch aus der Überlagerung des sozialen und politischen Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital durch einen starken Gegensatz zwischen dem religiösen Traditionalismus ursprünglich katholischer Parteien und dem antiklerikalen Laizismus der Liberalen und Sozialisten entstanden.

Im nächsten Abschnitt werden zunächst Theorien des Parteienwettbewerbs, auf denen die Analyse von Wahlprogrammen basieren soll, vorgestellt werden. Im folgenden Abschnitt wird der Untersuchungsplan erläutert, der unserer Fragestellung inhaltlich gerecht ist. Nach der deskriptiven Analyse der thematischen Schwerpunkte der Parteien im Abschnitt 4 werden in einem weiteren Abschnitt die ideologischen Signale der Wahlprogramme untersucht. Im abschließenden Abschnitt werden die Analyseergebnisse zusammengefasst.

## **2. Theorien des Parteienwettbewerbs als Grundlagen der Analyse von Wahlprogrammen**

Die auf Downs (1957) zurückgehenden räumlichen Theorien des Parteienwettbewerbs gehen davon aus, dass die Parteien unterschiedliche Lösungen (policies) für bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme anbieten und dass die Wähler je nach eigener politischer Position die Partei

wählen, die ihnen inhaltlich am nächsten steht. Wahlkampf ist also politische Auseinandersetzung um die beste Lösung, wobei das Beste im Hinblick auf die Politikpräferenzen der Wählerschaft bestimmt wird. Die politischen Führer der Parteien seien ämtermotiviert, die List der Demokratie ist es aber, nur den politischen Führern zum Erfolg zu verhelfen, die den Wählern mehrheitsfähige Politiken anbieten.

Robertson (1976) hat sehr früh argumentiert, dass diese theoretische Vorstellung der sozialen Wirklichkeit von Wahlkämpfen nicht gerecht wird. Die Gegenposition zu Downs ist in der Literatur als Salienztheorie bekannt (vgl. Budge 2001: 82). Danach führen Parteien Wahlkampf durch Hervorhebung ihrer Stärken, die in ihrem Ruf bestehen, in bestimmten Politikfeldern kompetente Lösungen anbieten zu können. Parteien „besitzen“ also bestimmte Politikfelder als eine Domäne, in die sie gegnerische Parteien nicht eindringen lassen (“issue ownership”). In der Wählerschaft gebe es andererseits oft große Übereinstimmung bezüglich der bevorzugten Politik in einem Bereich (Valenzissue), die der Partei am meisten zugetraut werde, die für diesen Bereich als die kompetenteste gilt.

Wenn Parteien ihre Wahlprogramme formulieren, verfolgen sie bestimmte Strategien im Hinblick auf die Optimierung ihrer Wahlchancen. Sie haben Vorstellungen über die Nachfrage der Wähler nach bestimmten Politiken. Orientiert man sich am räumlichen Modell der Parteienkonkurrenz, wäre die nächstliegende Strategie, die Wählerverteilung in einem multidimensionalen Policy-Raum zu schätzen und dann eine möglichst optimale Position in der Nähe der meisten Wähler zu besetzen, die das jeweilige Wahlziel erreichbar macht. Im Zweiparteiensystem ist das Wahlziel, stärker zu werden als die Gegenpartei, im Mehrparteiensystem sind wegen des Zwangs zur Koalitionsbildung die Ziele in der Regel komplexer. Im räumlichen Grundmodell werden also im Endeffekt Wähler und Parteien in dem mehrdimensionalen Policy-Raum bestimmte Standpunkte einnehmen und die Wähler werden sich dann für die Partei entscheiden, die ihrem jeweiligen Idealpunkt am nächsten kommt. Dieses Modell stellt große Anforderungen an das Informationsniveau der Wähler. Sie müssen nicht nur zu den einzelnen Policy-Dimensionen eigene Policy-Präferenzen haben, sondern auch noch eine Vorstellung über das Angebot der Parteien. Bereits Downs hat deshalb den mehrdimensionalen Policy-Raum durch eine ideologische Links-Rechts-Achse ersetzt mit dem Argument, die einzelnen Politikstandpunkte einer Partei oder eines Wählers ließen sich zu einer ideologischen Position auf einer gemeinsamen Links-Rechts-Achse zusammenfassen.

Wenn eine Partei als Vertreterin einer bestimmten Ideologie wahrgenommen wird, die außerdem wichtig ist für die Identität der Parteimitglieder, wird der Manövrierraum der Partei bei der Anpassung an vermutete Wählerverteilungen in diesem ideologischen Raum eingeschränkt. Umgekehrt gibt die Ideologie dem Parteistrategen aber auch eindeutige Vorgaben für die Zusammenstellung eines Wahlprogramms (so Budge 1994). In einer Welt der Ungewissheit liefert die Ideologie nach Budge (1994: 445-446) den Parteien eine kognitive Landkarte, auf der sie ihr eigenes Territorium „besitzen“, ihre Gegner lokalisieren und auf relativ allgemeine politische Grundsätze bei der Formulierung von Wahlprogrammen zurückgreifen können. Die stark an wirtschaftswissenschaftlichen Modellen der Standortkonkurrenz von Unternehmen orientierten Parteikonkurrenz-Theorien nehmen dagegen eine freie Manövriertfähigkeit der Parteien im ideologischen Raum an und kommen damit zu eindeutigen Aussagen

über mögliche Gleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage auf dem politischen Markt in Abhängigkeit von der Zahl der Parteien (vgl. Shepsle 1991). Davon unterscheiden sich realitätsnähere räumliche Modelle, für die bereits Downs als erster Vertreter angesehen werden kann, mit der Annahme, im Interesse der Glaubwürdigkeit würden Parteien „ideologische Überholmanöver“ vermeiden. Diese realitätsnäheren räumlichen Modelle (vgl. Hinich und Munger 1994) greifen somit auf ähnliche Annahmen über die Strategien der Parteien beim Stimmenwettbewerb zurück wie die Salienztheorie. In beiden Fällen wird ideologische Stabilität angenommen und gleichzeitig als Vorteil für die konkrete Wahlprogrammformulierung gesehen, dass die Parteien so eine gewisse Flexibilität bei der konkreten Policy-Formulierung in der folgenden Legislaturperiode behalten können; es reiche Beständigkeit in den ideologischen Grundsätzen und Festlegungen seien nur in der einen oder anderen konkreten Policy-Frage notwendig. Diese Gemeinsamkeit zwischen den ursprünglich von den räumlichen Modellen der Parteienkonkurrenz oder der Salienztheorie ausgehenden Wissenschaftlern zeigt sich in der Forschungspraxis nicht zuletzt darin, dass beide Ansätze auf ideologische Links-Rechts-Skalen zurückgreifen, um die Parteien und im Vergleich dazu die Wähler lokalisieren zu können (vgl. Laver und Budge 1992, Klingemann u.a. 1994).

Trotzdem bleibt ein Unterschied in der Messtheorie zur Erfassung der ideologischen Standpunkte der Parteien mit Hilfe ihrer Wahlprogrammaussagen. Nach der Salienztheorie reicht es, Themen zu verschlüsseln. Aus dem Nachdruck, mit dem eine Partei ein bestimmtes Thema betont – leicht zu operationalisieren als die Häufigkeit entsprechender Aussagen – könne man auf die ideologische Richtung schließen, weil es allgemein bevorzugte Lösungen gebe bzw. die konkreten Politiken, mit denen man ein allgemein akzeptiertes Ziel wie z.B. mehr Umweltschutz erreichen will, gar nicht anzusprechen brauche; das Thema selbst habe eine ideologische Bedeutung. Der Thematisierungspartei werde dann auch die Kompetenz zur Lösung des Problems zugeschrieben. Die anderen Parteien polemisierten nicht gegen ein allgemein akzeptiertes Ziel, so dass sich etwaige Gegnerschaften in erster Linie aus der Abwesenheit von Aussagen und nicht aus negativen Äußerungen erschließen ließen.

Die räumlichen Modelle der Parteienkonkurrenz werden von Budge als Konfrontationstheorien bezeichnet (2001: 86). Im einfachsten Fall geht es um das Für und Wider einer bestimmten Policy, bei der tatsächlichen Politikformulierung in Parlamenten lässt sich besser von unterschiedlichen Politiken zur Lösung desselben Problems sprechen, von denen eine Lösung mit Mehrheit ausgewählt wird. Von der Policy-Präferenz eines Abstimmenden ist dabei ganz klar sein Interesse an der entsprechenden Frage zu unterscheiden. In politischen Tauschmodellen geht man z.B. davon aus, dass ego seine Stimme in einer Frage, die ihn weniger interessiert, eintauschen kann gegen die Stimme eines anderen in einer Frage, die ego mehr interessiert und umgekehrt. Dabei kann es sich um eine Stimme für oder gegen einen bestimmten Vorschlag handeln, wichtig ist nur, dass ego die eingetauschte Stimme nach seiner Präferenz verwenden kann. Bei der Analyse von Wahlprogrammen wird aus der Policy-Präferenz eine geäußerte Partei-Position und das Interesse wird als Salienz oder positive Hervorhebung (emphasis) bezeichnet. „Position and emphasis are quite distinct parameters of party policy“ (Laver und Garry 2000: 620). Diese begriffliche Unterscheidung ist klar und es lässt sich dagegen

schwer mit theoretischen Argumenten angehen. Daraus müsste dann auch folgen, dass bei der Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen die beiden Konzepte getrennt gemessen werden müssen.

Die Vertreter der Salienztheorie argumentieren dagegen pragmatisch. "Party strategists see electors as overwhelmingly favouring one course of action on most issues. Hence all party programmes endorse the same position, with only minor exceptions" (Budge 2001: 82). Dies ist eine Tatsachenbehauptung, die richtig oder falsch sein kann. Mit der getrennten Messung von Position und Salienz wäre sie überprüfbar.

So klar die theoretische Argumentationslage ist, so sehr verwischen sich die Fronten wieder in der Forschungspraxis. Tatsache ist, dass die Vertreter der Salienztheorie für die empirische Politikwissenschaft in Vorleistung getreten sind. Sie haben, zunächst als „Manifesto-Research-Group (MRG)“ firmierend, unter der Leitung von Budge mit der Sammlung und Verschlüsselung von Wahlprogrammen der Parteien in einer Vielzahl von Ländern und in diesen möglichst für alle demokratischen Wahlen seit dem 2. Weltkrieg begonnen (vgl. als frühe Hauptveröffentlichung Budge et al. 1987) und diese Arbeit wurde als „Comparative Manifestos Project (CMP)“ unter der Leitung von Klingemann am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung fortgeführt (vgl. zur Geschichte Volkens 2001). Die neueste Hauptveröffentlichung von Budge et al. (2001) bezieht sich auf fünfundzwanzig Länder im Zeitraum von 1945 bis 1998 mit Daten über alle relevanten Parteien in diesen Ländern. Wir werden im Folgenden den speziell für die Bundesrepublik Deutschland erstellten Datensatz nutzen (vgl. Volkens 1998), der aber für die verwendete Hauptvariable „Position“ mit insgesamt 56 Verschlüsselungskategorien mit dem internationalen Datensatz identisch ist.<sup>2</sup>

Diese ursprünglich 54 und dann 56 Kategorien sind nach den Annahmen der Salienztheorie formuliert worden als positive Erwähnung bestimmter Themen. Diese Strategie wurde aber nicht in reiner Form umgesetzt, sondern für einige Issues waren konkret eine Pro- oder Contra-Position zu verschlüsseln. So erläutert Volkens für diese entscheidende Variable „Position“, sie spezifiziere, „welche Positionen im Hinblick auf politische Probleme bezogen werden. Handelt es sich bei politischen Streitfragen um sogenannte Positionsisues, dann wird das jeweilige Thema als „pro“ oder „kontra“ verschlüsselt. Handelt es sich um sogenannte Valenzissues, also politische Themen, bei denen empirisch keine Gegenpositionen auftreten, dann wird erfasst, welches Themengebiet von den politischen Akteuren angesprochen wird“ (1998: 37). Auch solche eigentlich neutralen Aussagen können aber ein ideologisches Richtungssignal geben, wenn eine Partei z.B. mit dem Begriff „nachhaltiges Wirtschaften“ eine grüne ressourcenschonende Position ausdrückt. Von dem salienztheoretischen Ansatz bleibt damit im Wesentlichen die Vermutung übrig, dass es sich im Zweifelsfall eher um Valenzissues als um Positionsisues handeln werde.

---

<sup>2</sup> Die ausführlichen Datensätze bis 1998 und der dem internationalen Standard entsprechende von 2002 wurden uns von Andrea Volkens zur Verfügung gestellt, wofür wir uns herzlich bedanken.

Budge (2001) bezeichnet die Entscheidung zur Aufnahme von Pro- und Contra-Positionen noch heute als Unterminierung der Annahmen der Salienztheorie, räumt aber ein, dass man auf diese Weise wenigstens die entscheidende Annahme der Theorie überprüfen könne, dass positive Hervorhebungen, also die Pro-Position, eindeutig überwiegen würden. "Even where key issues were coded into opposing positions they yet turned out to be valence issues with the overwhelming number of references going to one of the possible positions" (2001: 83). Allerdings lässt sich nach seinen Daten nicht abstreiten, dass negative Hervorhebungen empirisch vorkommen, wenn auch nicht ganz so häufig wie die positiven. Wir werden auf die Bedeutung dieser Pro- und Contra-Kategorien bei einzelnen Themen für unser Untersuchungsziel, ideologische Richtungen zu identifizieren, im nächsten Abschnitt zurückkommen.

Ziel dieses Aufsatzes ist allein die Ableitung der Positionen der deutschen Bundestagsparteien für jede Bundestagswahl von 1980 bis 2002 aus den Wahlprogrammen. Die wirtschafts-, sozialpolitische und die rechts-, gesellschaftspolitische Dimension geben wir vor und prüfen, ob es dieselbe Links-Rechts-Ordnung der Parteien auf beiden Dimensionen gibt oder nicht. Unsere Hypothese ist eine grobe Übereinstimmung der Parteipositionen mit den durch Expertenbefragung festgestellten Ordnungen, wonach die wirtschaftspolitische Reihenfolge von den linken Grünen über SPD und CDU bis zur rechten FDP und die rechtspolitische Reihenfolge damit übereinstimmt, außer für die FDP, die hier in etwa mit der SPD gleichzieht (Laver, Hunt 1992: 197). Unser Ergebnis wird über Expertenbefragungen hinausreichen, weil 1. für jede Bundestagswahl, auch weiter zurückliegende, die Partei-Positionen bestimmt werden und weil 2. die ideologischen Signale auf der Basis festgestellt werden, die auch für die Koalitionsverhandlungen relevant ist: die zeitnahen Politikstandpunkte in den Wahlprogrammen.

### 3. Untersuchungsplan

Wie bereits erwähnt, verwenden wir als Datenbasis die von der Arbeitsgruppe am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vercodeten Wahlprogramme der deutschen Bundestagsparteien von 1980 bis 2002<sup>3</sup>. Da CDU und CSU mit Ausnahme von 1990 gemeinsame Wahlprogramme verabschiedet haben, können wir diese beiden Parteien zusammenfassen. Für 1990 legen wir das Wahlprogramm der CDU zugrunde. Für die SPD und die FDP liegen Wahlprogramme ebenso wie für die CDU für den gesamten Zeitraum vor, während die Grünen erst seit 1983 und die PDS erst seit 1990 berücksichtigt werden können. Obwohl die Grünen (BRD) im Westen der Bundesrepublik 1990 den Einzug in den Bundestag nicht schafften, waren sie führend am Zustandekommen der „Plattform der GRÜNEN/BÜNDNIS'90 zur Wahl am 2. Dezember“ beteiligt, so dass dieses gemeinsame Wahlprogramm verschiedener Bürgerbewegungen der DDR und der West-Grünen in die Analyse einbezogen wird. Den Einzug in den Bundestag schafften 1990 nur Bündnis'90/Grüne im Wahlgebiet Ost.

---

<sup>3</sup> Für die Analyse der Parteipositionen verwenden wir ausschließlich den international vergleichbaren Datensatz mit den S. 222-228 dokumentierten 56 Kategorien in Budge et al. 2001. Lediglich für die thematischen Schwerpunkte der Parteien in Abschnitt 4 greifen wir auf den deutschen, von A. Volkens (1998) erstellten Datensatz zurück.

Seit es die MRG- bzw. CPM-Verschlüsselungen der Wahlprogramme gibt, werden auf der Basis dieser Daten auch die ideologischen Richtungen der Parteien bestimmt. Dass derartige Auswertungen erfolgversprechend sind, hängt damit zusammen, dass zum einen für einige Themen eine Pro- oder Kontraposition vorgesehen ist und dass zum anderen nach Vorstellungen der Salienztheorie die Themen nicht rein neutral als Politikfeldbezeichnungen gefasst sind, sondern vom gewählten Schwerpunkt her ideologische „Besitzverhältnisse“ erkennen lassen. So wird man z.B. Verschlüsselungskategorien wie „freies Unternehmertum“ oder „Anreize für unternehmerische Tätigkeit“ der rechten marktwirtschaftlichen Seite zuordnen und Kategorien wie „Keynsianische Nachfragerregelungen“ eher der linken, sozialdemokratischen Seite.

Für die Analyse des ideologischen Gehalts der Wahlprogramme sind dabei einige Vorentscheidungen zu treffen, die das Ergebnis wesentlich beeinflussen. Dabei gehen wir immer davon aus, dass Merkmalsträger für die einzelnen Kategorien stets die einzelnen Wahlprogramme sind, also das Wahlprogramm einer Partei für eine bestimmte Wahl. Die in den Dokumenten genannten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme wurden einer Kategorie eindeutig zugeordnet, so dass die Datenmatrix aus 56 relativen Häufigkeiten der jeweils zuordenbaren „Problemennennungen“ als den Variablen und den Wahlprogrammen der zur jeweiligen Wahl berücksichtigten Parteien als den Merkmalsträgern besteht. Die wichtigen Analyseentscheidungen beziehen sich dann auf die folgenden Punkte:

1. Was ist der Zeitrahmen der Analyse: Eine einzelne Wahl oder ein längerer Zeitraum?
2. Für welchen inhaltlichen Bereich sollen ideologische Einstufungen erfolgen: Für einzelne Politikfelder oder alle Politikfelder gleichzeitig?
3. Welche Methode der Indexbildung soll angewendet werden: Eine einfache additive Indexbildung (z.B. Differenz zwischen rechten und linken Aussagen) oder ein komplexes Verfahren wie die Faktorenanalyse?

Wir werden im Folgenden eine Faktorenanalyse von zwei inhaltlich abgegrenzten Politikbereichen für jede Bundestagswahl von 1980 bis 2003 getrennt durchführen. Die Gründe für diesen Untersuchungsplan werden im Anschluss an die kurze Übersicht über bisherige Analysen der MRG- bzw. CPM-Daten dargelegt.

Die ersten ausführlichen Analysen für einzelne Länder wurden 1987 veröffentlicht (Budge et al. 1987). Budge begründet darin die Entscheidung für die Faktorenanalyse als Methode der Indexbildung. Wenn man einen längeren Zeitraum in die Analyse einbeziehe, könnten sowohl die Bewegung der Parteien im ideologischen Raum als auch die Struktur dieses Raumes untersucht werden (Budge 1987: 29). Wenn für ein Land mit Zweiparteiensystem wie die USA aber nur wenig Zeitpunkte zur Verfügung stünden, sei die Zahl der Variablen (56 Kategorien) größer als die Zahl der Fälle (Wahlprogramme zu einzelnen Zeitpunkten), was die Ergebnisse stark beeinträchtigt. Deshalb wird in allen Länderkapiteln des Buches ein zweistufiges Verfahren angewendet. Zuerst werden Faktorenanalysen der wenigen Variablen einzelner Politikbereiche durchgeführt und dann werden die zwei wichtigsten

Dimensionen der bereichsspezifischen Faktoranalysen als Variablen für die Gesamtanalyse aller Bereiche verwendet. Mit dieser Methode identifiziert Klingemann für die Bundestagswahlen 1949 bis 1983 zwei Dimensionen zweiter Ordnung, die allerdings schwer zu interpretieren sind (Klingemann 1987: 316-321). Die gemeinsame Faktorenanalyse der Wahlprogramme derselben Parteien über einen längeren Zeitraum und noch dazu mit einem zweistufigen Verfahren garantiert aber nicht die Herausbildung eines überzeugenden Policy-Raums aus der Wahlprogrammanalyse.<sup>4</sup>

Budge und Klingemann (2001) greifen später auf dieses Verfahren nicht mehr zurück, sondern entscheiden sich für einfache Differenzskalen zwischen linken und rechten Aussagen auf der Basis solcher Kategorien, die nach ihrer theoretischen Vorentscheidung einen eindeutigen linken oder rechten Bezug haben. Diese Indexbildung erfolgt wahl-spezifisch und nicht wahlübergreifend. Trotzdem kann man dann natürlich die Veränderung der Links-Rechts-Positionen der Parteien über die Zeit verfolgen. Die von ihnen gebildeten bereichsübergreifenden Links-Rechts-Skalen kommen für Deutschland in dem langen Zeitraum von 1949-1998 zu dem Ergebnis, dass die Christdemokraten stets rechtere Wahlprogramme hatten als die Sozialdemokraten, während die FDP sich nicht stets zwischen den beiden großen Parteien bewegte, sondern rechts von der CDU 1949 startete und manchmal auch die SPD links überholte, wie z.B. 1961 und 1969 (Budge und Klingemann 2001: 34).

Bei der additiven Indexbildung geht der Forscher von seiner Vorstellung der allgemeinen, zeitunabhängigen Bedeutung von Links und Rechts aus und ordnet diejenigen Kategorien der linken oder rechten Seite zu, die nach seiner Meinung die notwendigen ideologischen „Besitzverhältnisse“ ausdrücken. Die Differenz der kumulierten Häufigkeit zwischen linken und rechten Aussagen ergibt die ideologische Platzierung eines Wahlprogramms. Am überschaubarsten bleibt dieses Vorgehen, wenn man sich auf die Kategorien eines bestimmten politischen Bereichs beschränkt. So hat Volkens in verschiedenen Veröffentlichungen entsprechende Indizes für wirtschafts- und sozialpolitische oder für gesellschaftspolitische Inhalte der Wahlprogramme gebildet (1996, 2000). Die Schwäche dieses Vorgehens liegt in der theoretischen Vorentscheidung, was in welchem Bereich als links oder rechts a priori anzusehen ist. Diese Entscheidung ist nicht immer leicht zu treffen, wie z.B. die unterschiedliche Konzeption einer sozio-ökonomischen Dimension durch Volkens in zwei Veröffentlichungen zeigt (vgl. 1996 und 2000). Unabhängig von der Methode der Indexbildung geben McDonald und Mendes (2001) eine Übersicht über die Kategorien, die von verschiedenen Autoren je nach Bereich als links oder rechts eingeordnet wurden. Neben Übereinstimmungen gibt es eine Reihe von Abweichungen.

Neuerdings haben verschiedene Autoren die mit den Manifestodaten gewonnenen Links-Rechts-Skalen extern durch Vergleich mit auf anderer Basis gebildeten Links-Rechts-Skalen validiert. Für den Vergleich kommen zum einen Expertenbefragungen in Frage, in denen die Experten die Parteien auf vorgegebenen Policy- oder ideologischen Skalen einordnen (vgl. z.B. Laver und Hunt 1992), und zum anderen allgemeine Bevölkerungsumfragen, in denen sich z.B. die Befragten selbst auf einer Links-

---

<sup>4</sup> Diese Aussage gilt nicht für alle Länder. So konnten z.B. Strom und Leipart (1994) ein nachvollziehbares Ergebnis für Norwegen erzielen.

Rechts-Skala einordnen und die Parteipositionen über die Mittelwerte der Wähler dieser Partei gefunden werden. Mit Ausnahme ganz weniger kleinerer europäischer Parteien stellen McDonald und Mendes (2001) eine große Übereinstimmung zwischen Expertenskalen und auf der Basis der Manifestodaten gewonnenen Links-Rechts-Skalen fest. Gabel und Huber (2000) gehen noch einen Schritt weiter, indem sie zum einen eine eigene Links-Rechts-Skala aus den Manifestodaten generieren und sie dann mit Experten- bzw. Umfrageskalen vergleichen. Sie verstehen Ideologie als "constraint" für die Policypositionen der Parteien und empfehlen deshalb ein bereichsübergreifendes Vorgehen, bei dem keine Kategorie von vorne herein ausgeschlossen werden sollte. "Ideology ... reduces differences in party positions over many policies to differences in party positions on a single dimension" (S. 95). Ob es sich bei diesem „Superissue“ um die Links-Rechts-Skala handelt, kann durch Vergleich mit Experten- bzw. Umfrageskalen festgestellt werden. Als Methode greifen die Autoren auf die Faktorenanalyse zurück, bei der die Ladungen der Kategorien auf dem ersten Faktor angeben, wie wichtig die jeweilige Kategorie für das empirisch identifizierte „Superissue“ ist. Die Werte für die Parteien sind dann die entsprechenden Faktorwerte. Die Autoren führen die Analyse zuerst wahlübergreifend länderspezifisch durch. Das entspricht dem bisher dominanten Vorgehen, wonach die Parteideologien in einem Land als relativ stabil über die Zeit angesehen werden. Dies ist aber nicht die einzige Möglichkeit der Auswertung. Man kann auch argumentieren, die ideologischen Parteifamilien manifestierten sich in modernen Demokratien länderübergreifend, aber zeitspezifisch. Und schließlich könnten bei der externen Validierung die besten Ergebnisse auftreten, wenn man die Analyse zeit- und länderübergreifend durchführt. Es ist diese letztere Variante, für die sich die beste externe Validierung ergibt. Je höher das Aggregationsniveau, desto valider werden die Parteien in das „Superissue Links-Rechts“ eingeordnet“.

Die von uns geplante Analyse ist am anderen Ende der Analysemöglichkeiten angesiedelt:

1. Untersuchungseinheit sind die Wahlprogramme der Parteien bei einer einzelnen Wahl und da wir keine Wahl zum Europäischen Parlament, sondern ausschließlich Bundestagswahlen untersuchen, ist damit auch der Länderbezug Bundesrepublik Deutschland fixiert.
2. Es werden nicht alle 56 Kategorien gleichzeitig in die Analyse einbezogen, sondern nur diejenigen, die entweder der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik oder der Gesellschaftsordnung zugeordnet werden können.
3. Nur in der Analysenmethode unterscheiden wir uns nicht, weil wir ebenfalls die Faktorenanalyse verwenden.<sup>5</sup> Allerdings greifen wir auf die transponierte Datenmatrix mit den Parteien als Variablen und den Kategorien als Fällen zurück, wenden also die sogenannte Q-Technik an, um eine genügend große Fallzahl gegenüber der Variablenzahl zu sichern.

---

<sup>5</sup> Elff (2003) argumentiert, dass sich die Faktorenanalyse wegen der Linearitätsannahme nicht zur Aufdeckung ideologischer Dimensionen in den Wahlprogrammdaten eignet. Die Methode liefere Faktoren, auf denen zusammengehörnde Kategorien (R-Analyse) positiv laden. Logisch entgegengesetzte Kategorien laden aber dann nicht negativ, sondern würden durch weitere Komponenten separat erfasst. Wir rechtfertigen unsere Q-Analyse mit dem inhaltlichen Argument, dass der erste Faktor die größten Gemeinsamkeiten der Parteien misst und dass diese in dem wahl-spezifischen Kontext derselben Problemlage bestehen, auf den die Parteien mit relativ gleichartigen Hervorhebungen reagieren. Ist diese Gemeinsamkeit einmal berücksichtigt, bleibt Raum für die Erfassung gegensätzlicher, positiv und negativ mit dem zweiten Faktor korrelierender Positionen.

Hauptgrund für diese Vorgehensweise ist unsere Fragestellung: Uns geht es nicht um eine Links-Rechts-Superskala als kleinstem gemeinsamen Nenner, sondern um politikrelevante ideologische Signale in den Wahlprogrammen der Parteien für die jeweils folgende Legislaturperiode. Diese Fragestellung legt uns auf wahlspezifische Analysen fest.

Eine zweite Festlegung folgt indirekt aus unserer Fragestellung. Politikrelevante ideologische Signale müssen politikfeldspezifisch sein, weil auch die Policyformulierung politikfeldspezifisch ist. Die Vielzahl möglicher Policies in einem Bereich kann aber eventuell auf grundsätzlichere ideologische Richtungsentscheidungen zurückgeführt werden mit dem möglichen Ergebnis, dass unabhängig vom Politikfeld dieselbe Links-Rechts-Ordnung der Parteien resultiert. Bei unserer Vorgehensweise besteht aber ebenso die Möglichkeit, dass die Links-Rechts-Ordnung der Parteien im Bereich der Wirtschaftspolitik eine andere ist als im Bereich der Gesellschaftspolitik.

Allgemein fassen wir die Parteien als die Kristallisationspunkte für politische Ideologien auf. Sie können dem Wähler die Entscheidung durch ideologische Verdichtung ihrer Argumente erleichtern und sie erleichtern sich selbst das Regieren, indem sie sich in erster Linie auf eine ideologische Richtung festlegen und zu viele konkrete Wahlversprechen vermeiden. Dabei handeln die Parteien nicht isoliert, sondern müssen die ideologischen Platzierungen ihrer Konkurrenten berücksichtigen. Daraus folgt, dass Ideologien sich dimensionsweise ordnen lassen. Existieren aber einmal derartige ideologische Dimensionen mit relativ festen Plätzen der Parteien, können sich die ideologischen Inhalte in gewissen Grenzen von Wahl zu Wahl verändern. Parteien müssen schließlich auf neue wirtschaftliche oder gesellschaftliche Herausforderungen reagieren und können dies nicht mit ewig denselben ideologisch vorgeprägten Rezepten.

Ausdruck neuer Problemlagen, auf die die Parteien reagieren, können Hervorhebungen bestimmter Themen sein, die von allen Parteien zu einem bestimmten Zeitpunkt in gleicher Weise vorgenommen werden. Unser Analyseverfahren lässt die Möglichkeit offen, dass der erste Faktor genau diesen gemeinsamen wahlspezifischen „Wortschatz“ der Parteien erfasst, dass also die Ladungen der Parteien auf dem ersten Faktor alle in dieselbe Richtung weisen und relativ gleich hoch sind und dass erst der zweite Faktor die ideologischen Richtungen indiziert.

Um die Hauptanalyse der wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen und der gesellschaftspolitischen Positionskategorien vorzubereiten, werden im nächsten Abschnitt zunächst die thematischen Hervorhebungen nach der ohne Rücksicht auf Positionen gefassten Politikfeldvariable<sup>6</sup> beschrieben. Wie spiegelt sich z.B. die umweltpolitische Schwerpunktsetzung der Grünen in den Wahlprogrammen wider? Im Anschluss daran geben wir einen Überblick über die Kategorien der Positionsvariablen, die in eine Pro- und Contra-Position aufgespalten sind. Die dort erkennbaren Schwerpunkte stellen einen ersten Hinweis auf die ideologischen Signale der einzelnen Wahlprogramme dar. Unsere Vermutung

---

<sup>6</sup> Diese Information steht uns nur für den Zeitraum 1980 bis 1998 zur Verfügung.

ist, dass sich diese Signale bei der Positionsanalyse noch eindeutiger werden feststellen lassen als bei den rein thematischen Hervorhebungen.

#### **4. Die thematischen Schwerpunkte der Parteien**

Politikfelder lassen sich verschieden fein aufgliedern. Wir nehmen hier eine Zusammenfassung in sieben Oberkategorien vor, deren Einzelheiten dem Anhang 1 zu entnehmen sind. Einen ersten großen Komplex bildet dabei die Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der Finanzpolitik, also alle die Politikfelder, in denen es um finanzielle Anreize, Transferzahlungen und Steuern und Beiträge geht. Diese ressourcenwirksame Kategorie sollte zu allen Zeitpunkten eine große Rolle spielen; sie umfasst einen wesentlichen Teil der Tätigkeit moderner Staaten.

In dem verbleibenden innenpolitischen Bereich nehmen wir eine Dreiteilung vor 1. in Umwelt- und Energiepolitik, dann 2. in Rechtspolitik, Gesellschaftsordnung, innere Sicherheit und Ausländerpolitik und schließlich 3. in Infrastruktur, Bildung und Kultur und politische Ordnung. Die Umwelt- und Energiepolitik wird herausgehoben, weil mit dem Aufkommen der Grünen in den 80er Jahren zu überprüfen sein wird, ob der Umfang der Aussagen über dieses Politikfeld bei den Grünen und daran anschließend auch eventuell bei den anderen Parteien zugenommen hat. Die Rechtspolitik einschließlich der Kategorien Gesellschaftsordnung, innere Sicherheit und Ausländerpolitik fasst dann schließlich die Felder mit einem relativ großen Konfliktpotential zusammen, was sie von der dritten innenpolitischen Kategorie der Infrastruktur, Bildung und Kultur und politischen Ordnung unterscheidet. Zur Rechtspolitik und Gesellschaftsordnung zählt z.B. die Frage des Schwangerschaftsabbruchs und zur inneren Sicherheit die Terrorismusbekämpfung. Hinzu kommt die Ausländerpolitik, die vor allem in den 90er Jahren kontrovers diskutiert wurde.

Neben der Wirtschafts- und Innenpolitik ist Außenpolitik die dritte große Kategorie, von der wir zunächst die Deutschland-, Berlin- und Ostpolitik als eigene Kategorie abzweigen. So lässt sich nachvollziehen, ob letzterer Bereich seit der deutschen Vereinigung erwartungsgemäß irrelevant geworden ist. Dann folgt die Außenpolitik einschließlich der EU/EG-Fragen und der Entwicklungsländerproblematik und schließlich als eigene Kategorie die Verteidigung.

Wie aus dem Anhang 2 ersichtlich haben die deutschen Parteien sehr viele Gemeinsamkeiten im Hinblick auf ihre thematischen Schwerpunkte. Die beiden großen Parteien scheinen wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Fragen etwas mehr hervorzuheben als FDP und Grüne, während ab 1990 die PDS als kleine Partei mit ihrer Hervorhebung dieses Bereichs an die großen Parteien heranreicht oder sie sogar übertrifft. Die Umwelt- und Energiepolitik wird nicht unbedingt von den Grünen am meisten betont, sondern von allen Parteien mit Prozentsätzen von 10 bis 20 Prozent relativ gleichmäßig. Frühe Abweichungen sind aber für 1980 und 1983 festzustellen. Damals war die FDP die Partei der umweltpolitischen Thematisierung, was während der sozialliberalen Koalition auf Kosten der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik ging.

Quantitativ gesehen ist die Kategorie „Infrastruktur, Bildung, politische Ordnung“ nach der Wirtschafts- und Sozialpolitik am zweithäufigsten besetzt, allerdings nicht im Wahljahr 1987. Diese Kategorie gewann aber dann unmittelbar bei der deutschen Vereinigung eine größere Bedeutung, so dass sich im Jahr 1990 sogar ein fast ausgewogenes Verhältnis mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der Finanzpolitik ergab. 1994 und 1998 ging aber diese letztere Kategorie wieder eindeutig in Führung.

Einen ständigen dritten Platz, gemessen an der Häufigkeit, kann man der Rechts-, Ausländerpolitik und Fragen der inneren Sicherheit zuerkennen, wobei 1994 und 1998 die CDU mit einem Viertel bzw. einem Fünftel ihrer Aussagen diesen Bereich am stärksten hervorhebt.

Die Außenpolitik fällt in der Häufigkeit deutlich gegenüber den wirtschafts- und innenpolitischen Bereichen ab. Erwartungsgemäß spielt die Deutschlandpolitik seit der deutschen Vereinigung keine Rolle mehr. Vorher war es die CDU, die sich in diesem Politikfeld am stärksten profilierte. Wahrscheinlich hängt es mit der bevorstehenden Einführung des Euro als gemeinsamer Währung zusammen, wenn 1998 die Außenpolitik, unter die wir EU- und EG-Fragen mit eingeordnet haben, eine größere Bedeutung als in den Wahlprogrammen früherer Jahre erreicht hat, größer jedenfalls als der Bereich der Umwelt- und Energiepolitik in diesem Jahr.

Abschließend kann man feststellen, dass die Bedeutung der Politikfelder sowohl nach Parteien als auch nach Wahljahren schwankt. Gerade letztere Schwankungen erfolgen oft im Parteiengleichklang, der sich in der einen oder anderen Form auch bei der Hauptkomponentenanalyse der Positionsvariablen zeigen sollte.

Die Positionsvariable gibt Auskunft sowohl über die politische Richtung als auch die Politikschwerpunkte der Wahlprogrammaussagen der Parteien. Dafür verwenden wir die gleiche Grobeinteilung wie für die Politikfelder (vgl. Anhang 1 zur Zuordnung der Kategorien im Einzelnen). Innerhalb jedes Politikfeldes wird danach unterschieden, ob die ursprüngliche Kategorie eine Pro- oder eine Contra-Position zum Ausdruck brachte oder in dem Sinn neutral war, dass auf eine Verschlüsselung von für und wider verzichtet wurde.<sup>7</sup> Nach den Grundsätzen der Verschlüsselung handelt es sich jeweils um positive Hervorhebungen, die immer einen Hinweis auf eine Position geben. So ist z.B. „nachhaltiges Wirtschaften“ nur verschlüsselt worden, wenn es sich um ein Signal auf ökologische Positionen in der Wirtschaftspolitik handelt. In der ersten Auszählung der Häufigkeiten soll eine ideologische Richtungseinordnung dieser neutralen Aussagen aber noch unterbleiben. Die ideologische Richtung soll sich erst als Ergebnis der Hauptkomponentenanalyse im nächsten Abschnitt ergeben und nicht von uns als Forschern a priori angenommen werden.

---

<sup>7</sup> Wenn bei einer Kategorie die Unterscheidung einer Pro- und Contra-Position nicht vorgesehen ist, ist dies nicht automatisch mit Neutralität in einem objektiven Sinn gleichzusetzen, sondern es heisst im Normalfall, dass negative Hervorhebungen bzw. Contra-Positionen in den Wahlprogrammen nicht vorkommen. Dieser Fall entspricht dem ursprünglichen salienztheoretischen Ansatz von Budge (2001).

Tabelle 1

**Richtungs- und neutrale Wahlprogramm-Aussagen der Parteien  
im gesamten Zeitraum von 1983 bis 1998<sup>1</sup> auf Basis der 56 Positionskategorien<sup>2</sup>**

	SPD	CDU/ CSU	FDP	Grüne	PDS ab 1990
	%	%	%	%	%
<b>1. Wirtschafts- und Sozial-, Finanzpolitik</b>					
Arbeitnehmer positiv etc.	15	9	5	11	17
Arbeitnehmer negativ etc.	0	1	3	0	0
Neutral	24	29	26	12	11
<b>2. Umwelt- und Energiepolitik</b>					
Neutral	13	8	11	17	6
<b>3. Gesellschaftsordnung, Rechts-, Ausländerpolitik</b>					
Multikulturalismus positiv etc.	2	0	2	5	6
Multikulturalismus negativ etc.	1	6	1	0	0
Neutral	17	17	11	15	23
<b>4. Infrastruktur, Bildung</b>					
Neutral	14	13	27	22	26
<b>5. Außen-, Europapolitik</b>					
EG positiv etc.	7	10	8	8	5
EG negativ etc.	-	0	0	-	0
Neutral	1	3	1	0	0
<b>6. Verteidigung</b>					
Militär negativ	4	1	2	8	4
Militär positiv	1	3	1	-	-
Frieden	2	1	2	2	1

<sup>1</sup>) Durchschnitte der relativen Häufigkeiten in Prozent für die Jahre 1983 bis 1998.

<sup>2</sup>) Vgl. Anhang 1 zur Zuordnung der Positionskategorien.

Um mögliche Einflüsse der Koalitionslage auf die ideologische Positionierung vor allem der kleinen Parteien konstant zu halten, betrachten wir hier nur die Periode der Kohl-Regierungen aus CDU/CSU und FDP von 1983 bis 1998. Der besseren Übersichtlichkeit halber wird die Häufigkeit des Vorkommens der einzelnen Kategorien in Tabelle 1 über die entsprechenden Wahljahre gemittelt. Dabei zeigt sich z.B., dass die Grünen doch wie erwartet die Umwelt- und Energiepolitik im Durchschnitt stärker als die anderen Parteien betont haben, was aus der detaillierten Jahrgangsanalyse von Anhang 2 nicht ohne Weiteres ersichtlich war. Bei der Beurteilung der Prozentzahlen für die PDS ist zu berücksichtigen, dass sich hier auch ein Zeitfaktor versteckt, weil die PDS erst seit 1990 berücksichtigt werden kann. Wenn die PDS also z.B. die Umwelt- und Energiepolitik am wenigsten betont, kann dies auch Ausdruck der Tatsache sein, dass die Bedeutsamkeit dieses Politikfeldes in den 90er Jahren im Vergleich zu den 80er Jahren abgenommen hat (vgl. dazu Anhang 2).

Insgesamt überwiegen in Tabelle 1 die von uns hier als neutral bezeichneten Aussagen die positiven oder negativen Aussagen. In der Tabelle wird jeweils nur eine Ausgangsposition exemplarisch als positiv oder negativ erwähnt, was im Einzelnen darunter fällt, ist dem Anhang 1 zu entnehmen. Von dem Trend zu neutralen Aussagen in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik bei den beiden großen Parteien und der FDP weicht insbesondere die PDS ab, bei der die arbeitnehmerpositiven Aussagen überwiegen. Am neutralsten verhalten sich hier CDU/CSU und FDP. Negative Aussagen zu Arbeitnehmern, zum Protektionismus oder zur Expansion des Wohlfahrtsstaates werden von den Parteien kaum gemacht. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass die beiden bürgerlichen Parteien hier einige wenige Nennungen aufweisen im Unterschied zu SPD, Grünen und PDS. Für die spätere Richtungsanalyse heißt dies, dass auch Kategorien mit sehr geringer Besetzung inhaltlich eine Bedeutung haben können und nicht einfach eliminiert werden sollten.

Die wertenden Aussagen der Rechts- und Ausländerpolitik einschließlich der Bereiche Gesellschaftsordnung und innere Sicherheit fassen positive (negative) Äußerungen über Multikulturalismus zusammen mit negativen (positiven) Äußerungen zur Verteidigung der nationalen Lebensweise und negativen (positiven) Äußerungen zur traditionellen Moral. In diesem Bereich sind positive und negative Äußerungen viel ausgeglichener und auch die Parteischwerpunkte treten, wenn auch auf niedrigem Häufigkeitsniveau, klar hervor. Grüne und PDS profilieren sich als Parteien, die dem Multikulturalismus sehr positiv gegenüber stehen, während die CDU/CSU hier eindeutig die negative Gegenposition einnimmt.

Im Bereich der Außenpolitik einschließlich der europapolitischen Fragen überwiegen positive Äußerungen die negativen bei weitem, so dass man die Kategorie „Internationalismus bzw. EG negativ“ wegen fehlender Besetzung streichen könnte.

Bei der Kategorie Verteidigung ist bei allseits geringer Häufigkeit lediglich hervorzuheben, dass die Wahlprogramme der Grünen im Untersuchungszeitraum 1983 bis 1998 relativ viele negative Aussagen über das Militär enthalten, wobei sie von der SPD und der PDS Schützenhilfe erhalten.

## 5. Die ideologischen Signale der Wahlprogramme

Welche ideologischen Signale senden die Parteien in ihren Wahlprogrammen für einzelne Politikfelder? Diese Frage soll zum einen für das zentrale Politikfeld der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik und zum anderen für das relativ kontroverse Politikfeld der Gesellschaftsordnung beantwortet werden. Dagegen lassen wir den Bereich der Außenpolitik, auf den relativ wenige Nennungen entfallen, sowie die Infrastruktur, Bildung und Kultur und politische Ordnung unberücksichtigt. Nach unserer Ansicht bieten gerade in letzterem Bereich die Kategorien zu wenig Ansatzpunkte für ideologische Signale.

Wir ordnen dieselben Kategorien zur Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik wie in Tabelle 1. Beim Zusammenfassen des als Gesellschaftsordnung bezeichneten zweiten Politikfelds wird abweichend von Tabelle 1 auch die äußere Sicherheit (Verteidigung) zur inneren Sicherheit, Rechts- und Ausländerpolitik gezählt. Rechtfertigen lässt sich dies mit dem sachlichen Zusammenhang von innerer und äußerer Sicherheit und damit, dass im ganzen Untersuchungszeitraum die Frage der Wehrpflicht ein wichtiges Teilthema der Verteidigungspolitik darstellte. Anhang 3 informiert über die Einteilung im Detail und gibt gleichzeitig die Besetzungszahlen für die einzelnen Jahre, gemittelt über die Parteien, wider. In die Faktorenanalyse werden jeweils alle Kategorien eines Bereichs einbezogen, auf die mindestens eine Nennung entfiel<sup>8</sup>. Wie bereits erwähnt, können gerade die ganz gering besetzten Kategorien Hinweise auf ideologische Richtungen geben, wenn sie jenseits der konsensuellen Wahlkampfrhetorik liegen.

Die Prozentuierungsbasis bei allen Analysen ist jeweils die Gesamtheit aller „Quasi-Sätze“ in einem Wahlprogramm. Es wird keine Neuprozentuierung auf der Basis der Aussagen in einem Politikfeld vorgenommen. Gemeinsamkeiten zwischen Parteien können somit auch gleiche Hervorhebungen des gesamten Bereichs, also z.B. der Wirtschaftspolitik, gegenüber anderen Politikfeldern ausdrücken.

Im Untersuchungszeitraum fanden 7 Bundestagswahlen statt, so dass bei zwei interessierenden Politikbereichen insgesamt 14 Faktorenanalysen durchzuführen sind. Die Aufteilung in zwei Politikbereiche ist notwendig, weil wir an policy-relevanten Signalen interessiert sind, und die Aufteilung der Analyse nach Wahljahren ist notwendig, weil wir annehmen, dass die Parteien bis zu einem gewissen Grad gleichförmig auf die politischen Herausforderungen der jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme reagieren. Bei drei (1980) bis fünf Parteien (ab 1990), die bei der Q-Analyse den Variablen entsprechen, sind höchstens zwei Faktoren zu erwarten, die den Hauptteil der Varianz binden. Tatsächlich erklären zwei Faktoren in allen 14 durchgeführten Analysen in der Regel über 90 Prozent der Varianz, nur beim erstmaligen Auftreten der PDS 1990 ging dieser Prozentsatz auf den niedrigeren Wert von 87 Prozent zurück. Die naheliegende Vermutung, dass auch ein Faktor ausreichen könnte, bestätigt sich aber nicht. Der nach der Hauptkomponentenmethode extrahierte zweite Faktor erklärt zwischen 17 und 39 Prozent der Gesamtvarianz; nur bei der Wirtschaftspolitik 1980 liegt der Prozentsatz mit 7 Prozent niedriger, damals gingen aber auch nur die Wahlprogramme der drei

Altparteien CDU, SPD und FDP in die Analyse ein. Wir ziehen auch hier den zweiten Faktor zur Interpretation heran.

An den inhaltlichen Ergebnissen der Faktorenanalyse der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aussagen der deutschen Parteien interessiert zweierlei:

1. Spiegelt einer der Faktoren Gemeinsamkeiten der Politikaussagen der Parteien wider und der andere Faktor ideologische Unterschiede?
2. Welche ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien gibt es in der Wirtschafts- und in der Gesellschaftspolitik?

Die erste Frage kann eindeutig mit „ja“ beantwortet werden. Bereits bei der Faktorextraktion erweist sich der erste Faktor in beiden Politikbereichen als derjenige, auf dem alle Parteien hohe positive Ladungen aufweisen, während die ideologischen Unterschiede ebenso ausnahmslos vom zweiten Faktor erfasst werden. Da der erste Faktor die meiste Varianz erklärt, muss also die Wahlkampfrhetorik deutscher Parteien viele Gemeinsamkeiten aufweisen. Wir haben nach der Faktorextraktion noch eine Zielrotation mit der Zielvorgabe durchgeführt, dass die Ladungen aller Parteien auf dem ersten Faktor den Wert 1 erreichen sollen (vgl. zur Methode Enelow und Hinich 1984: 209-211). Das brachte noch einmal eine leichte Verbesserung im Sinne unserer Hypothese der entscheidenden Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme der Parteien. In der Wirtschaftspolitik waren aber bereits die ursprünglichen Ladungen nahe an den Werten, die wir durch die Rotation erzielten. In der Gesellschaftspolitik waren die Veränderungen etwas größer, was leicht damit zu erklären ist, dass die einbezogenen Kategorien bereits mehr Pro- und Contra-Positionen zu einzelnen Themen enthielten. Durch die Brille des Verschlüsselungsschemas gesehen birgt dieser Politikbereich sehr viel mehr Konfliktpotential als die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Im Sinne der alten Unterscheidung von Lipset von Klassen- und Statuspolitik (1963) kann man vermuten, dass wirtschaftliche Umverteilungsfragen selten als nackte Nullsummenspiele dargestellt werden, während die Wertekonflikte im Bereich der Gesellschaftsordnung mehr den Charakter von Alles-oder-Nichts-Entscheidungen haben.

Die Ladungen nach der Rotation auf beiden Faktoren sind dem Anhang 4 zu entnehmen. Betrachten wir zunächst die Ladungen auf dem Faktor I für die Wirtschaftspolitik, bestätigt sich unsere These von den Gemeinsamkeiten der Wahlkampfaussagen der deutschen Parteien in beeindruckender Weise. Lediglich die Grünen haben bei ihrem erstmaligen erfolgreichen Auftreten bei der Bundestagswahl 1983 mit einer Ladung von 0,48 einen relativ niedrigen Wert, der zweitniedrigste Wert (CDU 1983) liegt bereits bei 0,63 und die restlichen Ladungen liegen fast ausnahmslos über 0,70.

Worin besteht nun diese Gemeinsamkeit zwischen den Parteien? Das beantworten die höchsten Faktorwerte für die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik-Kategorien des Verschlüsselungsschemas. Diese bilden aber nichts anderes ab als die am höchsten und gleichmäßigsten von allen Parteien an-

---

<sup>8</sup> In der Tabelle werden Häufigkeiten unter 0,1 Prozent mit 0 ausgewiesen und das Fehlen jeglicher Nennung mit –.

gesprochenen Themen. Es überrascht nicht, dass die Kategorie „Technologie und Infrastruktur“ dieses Kriterium erfüllt.<sup>9</sup> Erstaunlicher ist schon, dass zu allen Zeitpunkten, mit Ausnahme von 1983, auch die Kategorie „Wohlfahrtsstaat – pro Expansion“ dieses Kriterium erfüllt. 1983 wurde es lediglich von der verwandten Kategorie „Arbeitnehmer positiv“ mit einem höheren Faktorwert überholt. Auch noch 2002 geben alle Parteien häufig „positive Stellungnahmen gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen ab“ und sprechen sich für „Ausdehnung oder Erhaltung sozialer Dienste wie Gesundheitssystem, sozialer Wohnungsbau, Kindergeld (außer Bildungssystem)“ aus (vgl. Volkens 1998: 41). Wenn man die Häufigkeiten, mit denen die einzelnen Parteien derartige Aussagen machen, vergleicht, profilieren sich hier PDS, Grüne und SPD noch deutlicher als CDU und FDP. Dies ist dann auch der Grund, dass „Wohlfahrtsstaat – pro Expansion“ auch auf dem zweiten, ideologischen Faktor noch eine hohe Ladung hat, worauf zurückzukommen sein wird.

Betrachten wir jetzt die Ladungen auf Faktor I für die Gesellschaftspolitik, ergibt sich im Grund dasselbe Bild, nur dass dieses Mal die Ladungen etwas unter dem Niveau der Wirtschaftspolitik liegen. Inhaltlich qualifiziert sich die Kategorie „Gerechtigkeit“ am häufigsten als Leitkategorie des Faktors I, d.h. alle Parteien machen oft einschlägige Aussagen („Grundsatz der gerechten Behandlung aller Menschen einschließlich Steuergerechtigkeit; Chancengleichheit; Schutz vor Ausbeutung; Umverteilung von Ressourcen und Beseitigung von Klassenschranken; gegen Diskriminierung“, Volkens 1998: 41). 1994 und 2002 muss sich diese Kategorie aber von „Ruhe und Ordnung“ geschlagen geben. Allerdings wird letztere Kategorie nicht so gleichmäßig von allen Parteien mit einschlägigen Aussagen beschickt wie „Gerechtigkeit“. So weichen hier z.B. die Grünen etwas vom Durchschnitt nach unten ab. 1990 gelingt es sogar einer noch stärker von der Gleichverteilung abweichenden Kategorie, den höchsten Faktorwert für Faktor I, also den Faktor des „gemeinsamen Wortschatzes“, zu erreichen. Es ist die Kategorie „Militär negativ“. Hierunter fallen Forderungen nach einer Reduktion des Verteidigungshaushalts, die 1990 kurz vor der Auflösung des Warschauer Paktes plausibel erschien und nur von der CDU und FDP nicht mit gleichem Nachdruck vertreten wurden wie von den damaligen Oppositionsparteien.

Letzteres Beispiel zeigt, dass die Parteien mit ihren Wahlprogrammaussagen sehr wohl auf die aktuelle Problemlage reagieren. Das hat die Folge, dass bestimmte Kategorien, je nach ihrer Einbettung in die Gesamtstruktur, nicht einen über alle Zeitperioden unveränderlichen Inhalt haben. Trotzdem können die ideologischen Unterschiede zwischen den Parteien relativ stabil bleiben, weil die Parteien mit Aussagen für andere Kategorien eher gleich bleibende ideologische Botschaften vermitteln und weil es darüber hinaus immer auf die Gesamtstruktur ankommt. Reine Differenzskalen, die die ideologischen Positionen einer Partei als Differenz der Häufigkeit von Kategorien mit manifest linker Bedeutung von der Häufigkeit von Kategorien mit manifest rechter Bedeutung abziehen, gehen von einer gleichbleibenden Bedeutung der Kategorien aus, die der Forscher selbst festlegt, und vernachlässigen den Gesamtzusammenhang zwischen den Kategorien und den Parteien.

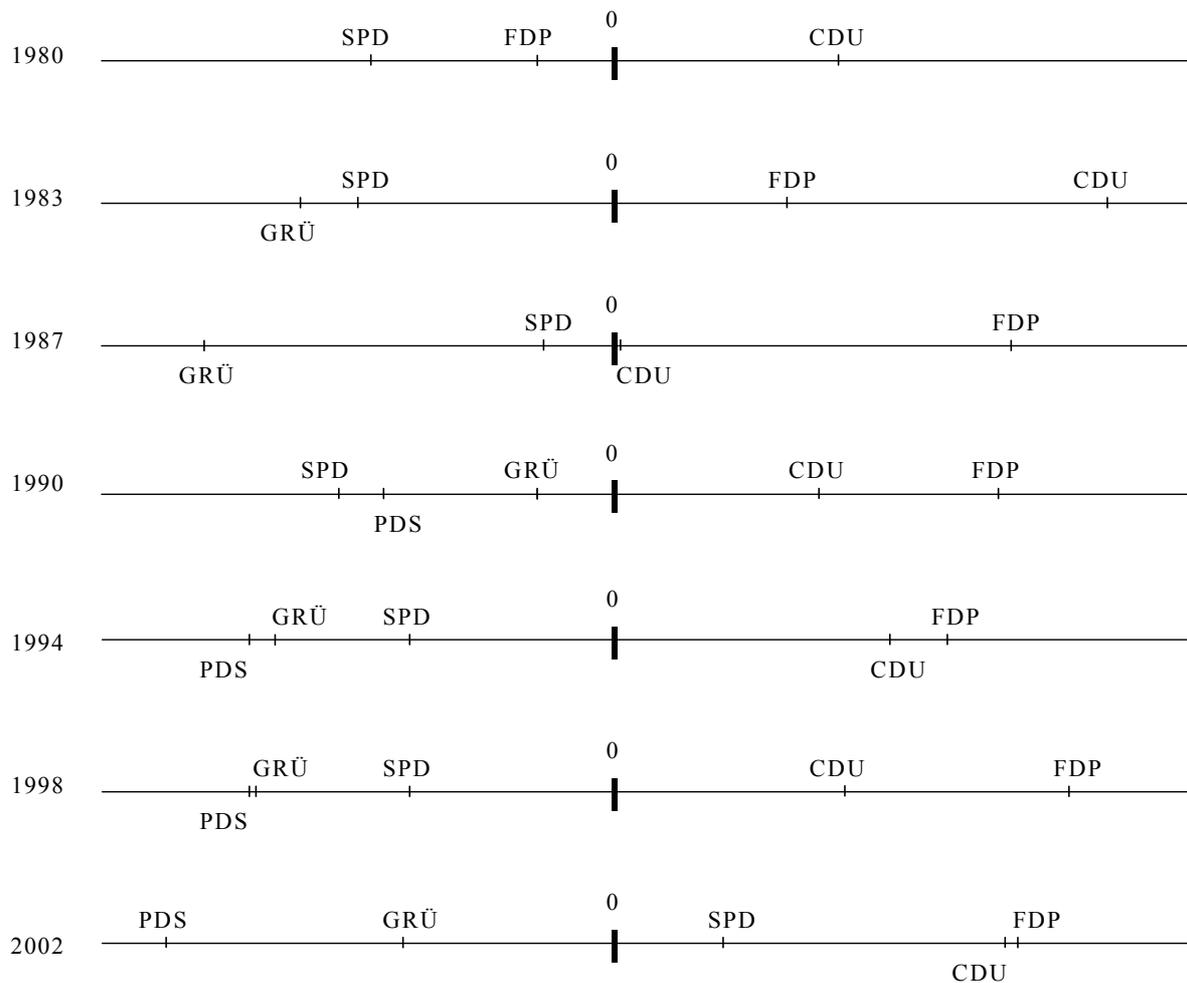
---

<sup>9</sup> Siehe Anhang 3 für die hohen Durchschnitte. Die jeweiligen Verteilungen über die Parteien werden hier nicht dokumentiert, können aber der CD-ROM im Anhang des Buches von Budge et al. 2001 entnommen werden.

Welche ideologischen Richtungsunterschiede zwischen den Parteien können wir mit unserem Verfahren der Q-Analyse für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik feststellen? Die Antwort geben die Ladungen auf dem jeweiligen Faktor II der 14 Faktorenanalysen (vgl. Anhang 4). Zur besseren Übersichtlichkeit sind die Ergebnisse in den Schaubildern 1 und 2 zusammengefasst.

Schaubild 1

**Die ideologischen Positionen der Parteien in der Wirtschafts-, Sozial-, und Finanzpolitik 1980 bis 2002: Ergebnisse einer Faktorenanalyse der Wahlprogramm-Aussagen<sup>1</sup>**



1) Ladungen der Parteien im Anhang 4.

Zunächst zur Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Dieser Politikbereich führte zum Bruch der sozial-liberalen Koalition 1982. An den Wahlprogrammen von FDP und SPD 1980 war dieser Bruch noch nicht abzulesen. Die FDP nahm hier eine Mittelstellung zwischen CDU und SPD ein, aber deutlich näher an ihrem damaligen Koalitionspartner SPD. Diese Mittelstellung behielt sie auch noch bei der

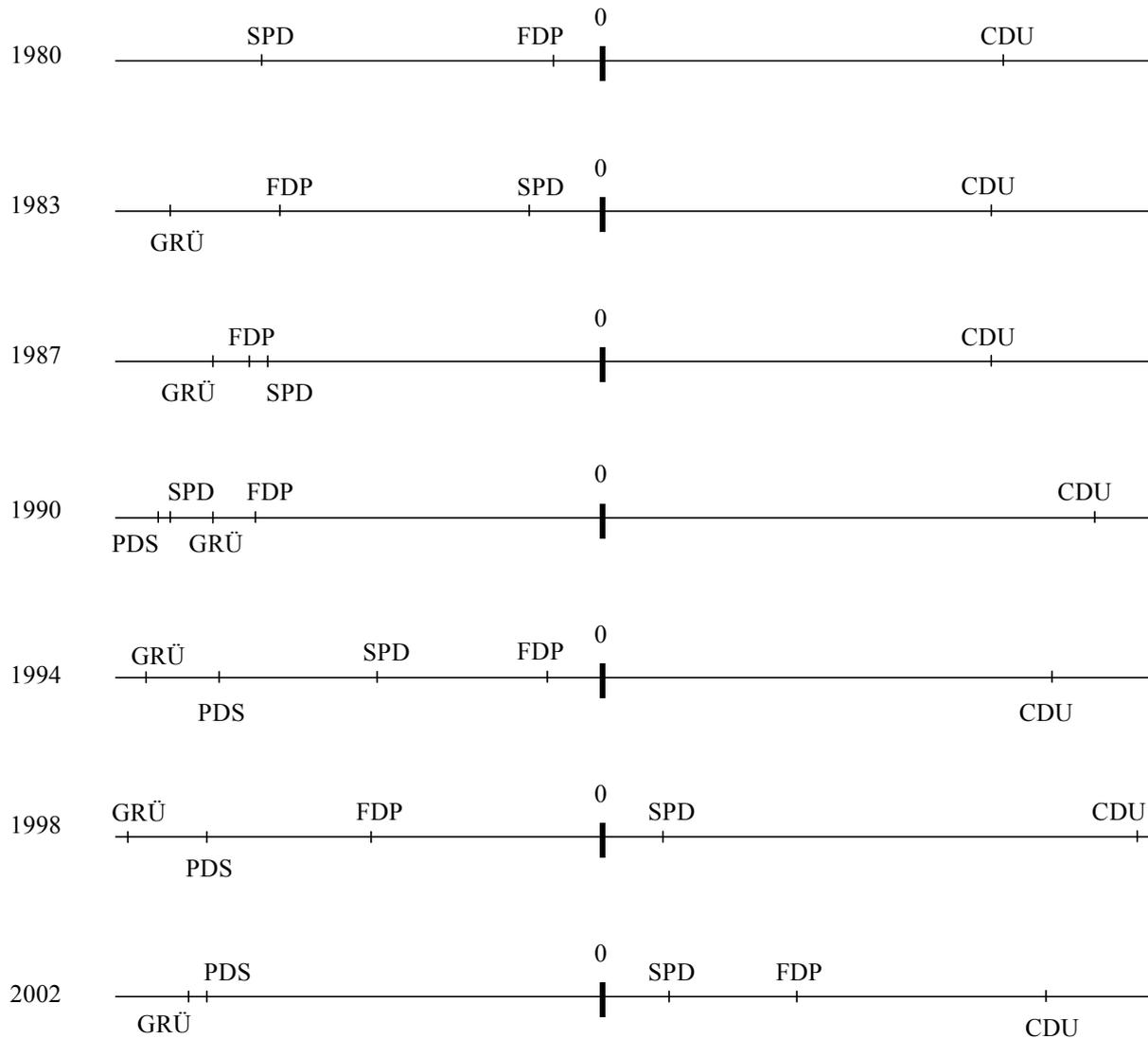
Bundestagswahl 1983, wenngleich sich bereits eine Bewegung in Richtung rechter sozioökonomischer Positionen abzeichnet. Eine Konstante der späteren Ära Kohl war aber dann von 1987 bis 1998 die Einnahme der rechten wirtschaftspolitischen Position gerade durch die FDP, während die CDU jetzt die Mittelstellung zwischen FDP und SPD behauptete. 2002 schließlich rückten die beiden bürgerlichen Parteien relativ nahe zusammen und der eindeutig größte Unterschied ergab sich jetzt zwischen ihnen auf der einen Seite und der deutlich links platzierten PDS auf der anderen Seite. Auch 1994 und 1998 hatte die PDS schon die linke Randposition besetzt, damals allerdings noch in relativer Nähe zu Bündnis '90/Die Grünen. Die Regierungsbeteiligung führte die Grünen in diesem Politikfeld aber etwas näher an die Mitte, genauso wie die SPD. Die prononcierteste Linksposition hatte die SPD 1990, als Lafontaine Kanzlerkandidat war. Ansonsten waren die Grünen immer auf einer linkeren Position als die SPD.

Die inhaltliche Bedeutung von links und rechts im Bereich der Wirtschaftspolitik ist im gesamten Untersuchungszeitraum relativ gleichbleibend. Dies kann wieder aus den höchsten positiven Faktorwerten für rechte Inhalte und negativen für linke Inhalte abgelesen werden (vgl. Anhang 3). Die Kategorien „Wohlfahrtsstaat pro Expansion“ und „Arbeitnehmer positiv“ bestimmen im gesamten Untersuchungszeitraum den linken Inhalt, bei den rechten Inhalten gibt es etwas größere Schwankungen. Es sind zu Anfang der Untersuchungsperiode die Kategorien ökonomischer Konservatismus und „Produktivität“, die später abgelöst werden von den Kategorien „Unternehmertum, freie Marktwirtschaft“ und „Anreize für unternehmerische Tätigkeit“. Die Kategorie „Technologie und Infrastruktur“ verändert ihre Bedeutung. War sie 1983 noch mit linken Inhalten verbunden, muss sie im Rahmen der Gesamtstruktur seit 1987 als rechtes Thema angesehen werden, wenn man zuvor ihren Beitrag zum gemeinsamen Wortschatz entsprechend berücksichtigt hat.

Ein Vergleich unserer Ergebnisse mit denen von Volkens für die Wahlen von 1987 bis 1998 zeigt im Hinblick auf die kleinen Parteien stärkere Abweichungen. So ist auf ihrer sozio-ökonomischen Links-Rechts-Skala die FDP nicht so konsequent rechts von der CDU zu finden und 1987 und 1994 werden die Grünen rechts von der SPD eingestuft. Der starke Trend zur Mitte in dem Wahlprogramm der Grünen von 1990, als zum ersten Mal mit dem Bündnis'90 DDR-Bürgerrechtler und westdeutsche Grüne gemeinsam ein Programm verabschiedeten, kommt in beiden Analysen zum Ausdruck. Und ebenfalls bestätigt wird die sozio-ökonomische Linksaußen-Position der PDS seit 1994 (vgl. Volkens 1996, 2000). Angesichts der Unterschiede der Index-Bildung (Faktorenanalyse versus Differenzskalen) sind kleinere Unterschiede in den Ergebnissen natürlich nicht verwunderlich. Unserem Index halten wir die Gewichtung der Kategorien je nach ihrem Beitrag zu der ideologischen, d.h. dem zweiten Faktor, zuzugute und die Verwendung aller Politikfeld-Kategorien ohne theoretische Vorentscheidung, was links und was rechts sein soll.

Schaubild 2

**Die ideologischen Positionen der Parteien in der Gesellschafts-, Rechts-,  
und Ausländerpolitik 1980 bis 2002: Ergebnisse einer Faktorenanalyse  
der Wahlprogramm-Aussagen<sup>1</sup>**



1) Ladungen der Parteien im Anhang 4.

Trotz etwas größerer Abweichungen in den verwendeten Kategorien stimmt das Hauptergebnis von Volkens mit unserem Hauptergebnis im Hinblick auf die gesellschaftspolitische Position der Parteien überein: Es ist die Frontstellung der CDU/CSU gegenüber den anderen Parteien, wobei in beiden Analysen für 1998 eine Annäherung der SPD an die CDU/CSU zu konstatieren ist (vgl. wieder Volkens 1996, 2000). Mit Ausnahme von 1990 nehmen nach unserer Auswertung die Grünen sowohl vor als auch nach der Vereinigung die linke Gegenposition zur CDU ein. Die FDP als damaliger Koaliti-

onspartner von CDU/CSU lässt darüber hinaus in diesem Politikfeld überhaupt keine Gemeinsamkeiten mit dem Koalitionspartner erkennen. 1983 und 1998 liegt die SPD näher an der CDU als die FDP. Erst in der Opposition 2002 ist ein gewisser Annäherungsprozess der gesellschaftspolitischen Aussagen von CDU und FDP zu konstatieren.

Nach den Kategorien zu urteilen, die der CDU/CSU ihre Extremposition gegenüber den restlichen Parteien sichert, sind es Betonungen der traditionellen Moral in den Wahlprogrammen, bis 1990 außerdem der sozialen Harmonie und seither verstärkt von Ruhe und Ordnung. „Gerechtigkeit“ und „Militär negativ“ sind dagegen linke Themen, wenn man wieder zuvor ihren Beitrag zum Faktor I berücksichtigt hat.

Sieht man sich nun die ideologische Konstellation der deutschen Parteien im Zusammenhang an, dann ist sofort klar, dass diese Konstellation nicht auf eine eindimensionale Links-Rechts-Skala gezwungen werden kann. Das liegt in erster Linie an der Position der FDP auf den beiden Skalen. Die FDP ist eine wirtschaftsliberale Partei, die marktwirtschaftliche Kriterien in ihren Wahlprogrammen stärker betont als die CDU, zumindest seit dem Regierungswechsel 1982. Im Wahlprogramm 1980 hatte die FDP die Profilierung gegenüber ihrem damaligen Koalitionspartner nicht in diesem Politikfeld gesucht, was auch aus der geringen Besetzung dieses Themenfelds 1980 hervorgeht (vgl. Anhang 2). Im Grunde genommen hat Deutschland die ideologische Konstellation, die von Laver und Hunt als „Benelux“-Konstellation bezeichnet wird (1992: 56). Diese Konstellation wird von den Experten erkannt, die Laver und Hunt befragt haben, sie geht aber auch aus den Wahlprogrammaussagen der Parteien hervor, wie wir mit unserer Auswertung bewiesen haben. Etwas Anderes ist, ob diese komplexere Konstellation vom Wähler nachvollzogen wird.

## 6. Zusammenfassung

Unsere Analyse der Wahlprogramme der deutschen Parteien von 1980 bis 2002 hat den Beweis erbracht, dass Parteien politikfeldspezifische ideologische Signale senden, dass aber der gemeinsame Wortschatz, insbesondere in der Wirtschaftspolitik, überwiegt. Diese Ergebnisse sind im Kontext des verwendeten Verschlüsselungsschemas der Manifesto-Daten zu beurteilen. Das Schema beruht auf der Salienztheorie und damit auf der These, dass Parteien Wahlkämpfe mit positiven Hervorhebungen „ihrer“ Themen führen, für die sie sich in der Vergangenheit eine besondere Reputation erworben haben. Für die Bundesrepublik Deutschland lässt sich nun konstatieren, dass die erfolgsträchtigen Themen bei der Mehrheit der Wähler von allen Parteien angesprochen werden, so dass sich ideologische Differenzen erst bei den Themen in der zweiten Reihe ergeben. Der erste Faktor erfasst die Gemeinsamkeiten der Wahlprogramme.

Die ideologischen Signale der Parteien lassen sich in den beiden untersuchten Politikfeldern schwerlich auf eine gemeinsame Links-Rechts-Skala projizieren. Das verhindern in Deutschland die kleinen Parteien. Deutlicher als in anderen Analysen wird nach unseren Ergebnissen der FDP die rechte, marktliberale Randposition in der Wirtschaftspolitik zugeschrieben, während sie in der Gesellschafts-

politik mit den Sozialdemokraten die mittlere Position teilt, um je nach Wahljahr und damit nach den aktuellen Themen mal weniger und mal mehr progressiv als die SPD zu erscheinen. Mit einer Ausnahme waren aber vor und nach der deutschen Vereinigung die Grünen die Partei gesellschaftspolitisch linker Positionen, in stärkstem Gegensatz zur CDU/CSU als Partei des gesellschaftlichen Konservatismus. Die linke Randposition in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik mussten die Grünen nach der Vereinigung allerdings an die PDS abtreten.

Zusammenfassend haben wir bezüglich der beiden untersuchten Politikfelder vier verschiedene Typen von Botschaften in den Parteiprogrammen festgestellt: einen gemeinsamen Wortschatz und ideologische Signale jeweils in den beiden untersuchten Politikfeldern. Ob und inwieweit diese vier Typen von den Wählern rezipiert werden, um dann vielleicht bei ihrer Wahlentscheidung relevant zu werden, ist aber eine andere Frage, die über das Ziel dieses Beitrags hinausgeht.

## 7. Literatur

- Budge, Ian, 1994: A new spatial theory of party competition: Uncertainty, ideology and policy equilibria viewed comparatively and temporally. *British Journal of Political Science* 24: 443-467.
- Budge, Ian, 2001: Theory and measurement of party policy positions. In: Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum, *Mapping Policy Preferences*. Oxford und New York: Oxford University Press, S. 75-90.
- Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter, 2001: Finally! Comparative over-time mapping of party policy movement. In: Budge, Ian et al., *Mapping Policy Preferences*. Oxford: Oxford University Press, S. 19-50.
- Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/ Bara, Judith/ Tanenbaum, Eric, 2001: *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian/Robertson, David/Hearl, Derek, (Hrsg.), 1987: *Ideology, Strategy and Party Change. Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Elff, Martin 2003: *Politische Ideologien, soziale Gruppierungen und Wahlverhalten: Zur Bedeutung veränderlicher ideologischer Positionen von Parteien für den Wandel des Zusammenhangs zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen*. Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Mannheim, Inauguraldissertation.
- Enelow, James M./Hinich, Melvin J., 1984: *The Spatial Theory of Voting. An Introduction*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gabel, Matthew/Huber, John D., 2000: Putting parties in their place: Inferring party left-right ideological positions from party manifestos data. *American Journal of Political Science* 44 (3): 619-634.
- Hinich, Melvin J./Munger, Michael C., 1994: *Ideology and the Theory of Political Choice*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

- Klingemann, Hans-Dieter, 1987: Election programmes in West Germany: 1949-1980. Explorations in the nature of political controversy. In: Budge, Ian, David Robertson und Derek Hearl, (Hrsg.), *Ideology, Strategy and Party Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laver, Michael/Garry, John, 2000: Estimating Policy Positions from Political Texts. *American Journal of Political Science* 44 (3): 619-634.
- Laver, Michael/Hunt, Ben W., 1992: *Policy and Party Competition*. New York und London: Routledge.
- Lipset, Seymour Martin, 1963: *Political Man*. Garden City, New York: Anchor Books.
- McDonald, Michael D./Mendes, Silvia M., 2001: The policy space of party manifestos. In: Laver, Michael, (Hrsg.), *Estimating the Policy Position of Political Actors*. New York und London: Routledge, S. 90-114.
- Robertson, David, 1976: *A Theory of Party Competition*. London und New York: Wiley.
- Shepsle, Kenneth A., 1991: *Models of Multiparty Electoral Competition*. Chur: Haarwood.
- Strom, Kaare/Leipart, Jorn, 1994: Ideologie, Strategie und Wettbewerb im norwegischen Parteiensystem der Nachkriegszeit. In: Pappi, Franz Urban und Hermann Schmitt, (Hrsg.), *Parteien, Parlamente und Wahlen in Skandinavien*. Frankfurt am Main, New York: Campus, S. 149-175.
- Volkens, Andrea, 1996: Parteiprogramme und Polarisierung. In: Niedermayer, Oskar, (Hrsg.), *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*. Opladen: Leske & Budrich, S. 215-216.
- Volkens, Andrea, 1998: *Handbuch zur Inhaltsanalyse programmatischer Dokumente von Parteien und Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, überarbeitete Fassung.
- Volkens, Andrea, 2000: Programmatische Strategien der Parteien im Bundestagswahlkampf 1998. In: Brie, Michael und Rudolf Woderich, (Hrsg.), *Die PDS im Parteiensystem*. Berlin: Dietz, S. 94-109.; Band 4.
- Volkens, Andrea, 2001: The manifesto research group since 1979 with particular reference to quality control. In: Laver, Michael, (Hrsg.), *Estimating the Policy Position of Political Actors*. London: Routledge, S. 33-49.

## Anhang 1

### Die Aussagen der deutschen Parteien in ihren Wahlprogrammen zu den Bundestagswahlen von 1983 bis 1998: Kategorienschema

#### 1. Nach Politikfeldern

	Kategorien <sup>1</sup>
11. Wirtschafts- und Sozialpolitik, Finanzpolitik	610, 630, 660 (außer 66015) 670, 710-750, 810 –860 (außer 86003), 910-950
12. Umwelt- und Energiepolitik	230, 240, 22003, 26010, 66015, 86003
13. Rechtspolitik, Gesellschaftsordnung, innere Sicherheit, Ausländerpolitik	410, 420, 520, 540, 620, 640, 650
14. Infrastruktur, Bildung und Kultur, Politische Ordnung, soweit nicht bei 11, 12 und 13 klassifiziert	210, 220 (außer 22003), 250, 260, (außer 26010), 270, 310- 350, 510, 530, 550
15. Deutschland-, Berlin-, Ostpolitik	020-040
16. Außenpolitik einschließlich EU/EG und Entwicklungsländer	010, 050, 060
17. Verteidigung	110-130

#### 2. Nach Positionen<sup>2</sup>

1. Wirtschafts-, Sozial-, Finanzpolitik	
1.1 Protektionismus positiv, pro Expansion des Wohlfahrtsstaates, Arbeitnehmer positiv	406, 504, 701
1.2 Protektionismus negativ, anti Expansion des Wohlfahrtsstaates, Arbeitnehmer negativ	407, 505 702
1.3 Neutrale Aussagen (kein Pro und Contra)	401-405, 408-416, 703, 704
2. Umwelt- und Energiepolitik neutral	501
3. Rechtspolitik, Gesellschaftsordnung, innere Sicherheit, Ausländerpolitik	
3.1 Verteidigung der nationalen Lebensweise – negativ, Traditionelle Moral – negativ, Multikulturalismus – positiv	602, 604, 607, (705) <sup>3</sup>
3.2 Verteidigung der nationalen Lebensweise – positiv, Traditionelle Moral – positiv, Multikulturalismus – negativ	601, 603, 608, (705) <sup>3</sup> ,
3.3 Neutrale Aussagen (kein Pro und Contra)	503, 605, 606, 706, (705) <sup>3</sup>
4. Infrastruktur, Bildung und Kultur, Politische Ordnung, insgesamt	201-204, 301-305, 502, 506, 507
5. Außenpolitik einschließlich EU/EG und Entwicklungsländer	
5.1 Internationalismus – positiv, EG – positiv	107, 108
5.2 Internationalismus – negativ, EG – negativ	109, 110
5.3 Andere Aussagen	101, 102, 103
6. Verteidigung	
6.1 Militär – negativ	105
6.2 Militär – positiv	104
6.3 Frieden	106

1) Variable „Politikfeld“ und Variable „Position“ nach Volkens 1998.

2) Nicht kategorial zugeordnete Fälle (Code=0, n=16) wurden anhand ihres Politikfelds den Positionskategorien zugeordnet.

3) Zuordnung erfolgt aufgrund einer Nachverschlüsselung der Quasi-Sätze, so z.B. der Aussagen über Behinderte zu 233.

## Anhang 2

### Die auf die Politikfelder entfallenden Wahlprogramm-Aussagen der Parteien<sup>1)</sup>

von 1980 bis 1998

Kategorie	1980			1983			1987			
	S %	C %	F %	S %	C %	F %	S %	C %	F %	G %
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Finanzpolitik	32	31	21	35	43	27	40	30	30	30
Umwelt- und Energiepolitik	6	9	17	15	4	16	17	13	15	16
Rechts-, Ausländerpolitik, Sicherheit	14	19	17	14	13	17	12	12	20	24
Infrastruktur, Bildung, Politische Ordnung	25	18	26	20	14	19	9	11	24	15
Deutschland-, Berlin-, Ost-Politik	4	6	2	2	10	2	4	8	1	1
Außenpolitik einschließlich EU/EG	11	9	10	6	7	10	8	18	6	8
Verteidigung	9	8	6	9	8	9	12	7	4	7
N	285	264	645	237	137	275	281	273	205	492

Kategorie	1990			1994			1998				
	S %	C %	F %	S %	C %	F %	S %	C %	F %	G %	P %
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Finanzpolitik	31	24	25	35	35	28	47	36	28	32	35
Umwelt- und Energiepolitik	22	15	15	14	9	11	7	6	11	8	7
Rechts-, Ausländerpolitik, Sicherheit	10	15	18	17	25	15	13	20	11	14	19
Infrastruktur, Bildung, Politische Ordnung	24	27	28	25	19	32	23	20	31	21	26
Deutschland-, Berlin-, Ost-Politik	1	3	1	1	2	-	-	2	-	-	-
Außenpolitik einschließlich EU/EG	5	13	8	7	9	9	8	14	15	16	11
Verteidigung	8	3	6	3	3	5	2	3	4	10	4
N	263	152	687	303	276	905	574	215	579	200	444

<sup>1)</sup> S(PD), C(DU), F(DP), G(rüne), P(DS)

## Anhang 3

Die auf die einzelnen Positionen entfallenden Wahlprogramm-Aussagen der Parteien  
in Prozent von 1980 bis 2002

Bereich		Position	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002
Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik	406	Protektionismus positiv	-	0	-	-	-	-	0,1
	504	Wohlfahrtsstaat pro Expansion	<b>8,4-</b>	3,1	<b>7,5-</b>	<b>7,9</b>	<b>4,8-</b>	<b>4,0-</b>	<b>4,7-</b>
	701	Arbeitnehmer positiv	<b>1,8-</b>	<b>5,3-</b>	<b>4,5-</b>	<b>4,4-</b>	<b>3,9-</b>	<b>6,5-</b>	<b>3,5-</b>
	407	Protektionismus negativ	0,4	0-	0,2	0	0,2	0,2	0,1
	505	Wohlfahrtsstaat anti Expansion	0,3	1,1	0,2	0,6	1,3	0,4	0,8
	702	Arbeitnehmer negativ	-	0	0,2	-	0	0,2	0,6
	401	Unternehmertum, freie Marktwirtschaft	<b>1,3+</b>	1,4	0,6	<b>3,8+</b>	1,3	<b>3,6+</b>	<b>2,4+</b>
	402	Anreize für unternehmerische Tätigkeit	1,3	2,0	1,1	2,1	<b>2,5+</b>	3,5	2,6
	403	Geregelter Kapitalismus, Soziale Marktwirtschaft	2,4	1,4	1,2	2,8	3,7	0,9	3,3
	404	Wirtschaftliche Planung	-	-	0	0	-	-	0,1
	405	Korporatismus	-	0-	0	0	0	0,6	0,2
	408	Wirtschaftliche Zielvorstellungen	0,7	1,5	1,1	<b>0,8-</b>	1,6	2,7	1,5
	409	Keynesianische Nachfragerregelung	0,2	0	0,2	-	-	-	-
	410	Produktivität	0,2	<b>3,0+</b>	<b>2,4+</b>	0	0,2	0,3	0,5
	411	Technologie und Infrastruktur	12,6	<b>6,4-</b>	<b>7,6+</b>	<b>8,3+</b>	<b>7,9+</b>	<b>3,7+</b>	<b>8,8+</b>
	412	Zentrale Planwirtschaft	-	-	0,2	0,4	-	0	0,1-
	413	Verstaatlichung	-	0	0,2	0,2	-	0	0-
	414	Ökonomischer Konservatismus	<b>3,5+</b>	<b>3,9+</b>	2,3	0	0,6	1,1	1,1
	415	Marxistische Analysen	-	-	-	0,3	0	0,2	-
	416	Nachhaltiges Wirtschaften	-	0,2	0,2	0	0,4	0,6	1,6
703	Landwirtschaft und Landwirte	0,9	1,2	3,3	3,3	2,6	2,1	1,7	
704	Alte und neue Mittelschicht	0,2	0,2	-	0,3	0,5	0,4	0,8	
Umwelt	501	Umweltschutz	5,0	12,0	12,0	13,9	12,5	7,2	5,4
Gesellschafts- ordnung	602	Verteidigung der nationalen Lebensweise negativ	-	-	0	0,2	0,2	0,2	0,1-
	604	Traditionale Moral negativ	0,3	<b>0,4-</b>	0,4	1,2	1,9	1,0	1,0
	607	Multikulturalismus positiv	0,2	0	-	0,6	0,4	0,2	0,7-
	601	Verteidigung der nationalen Lebensweise positiv	-	-	0,3	0	0,2	0,7	0,8
	603	Traditionale Moral positiv	<b>2,3+</b>	0,2	0,8	<b>1,1+</b>	<b>0,9+</b>	<b>1,7+</b>	1,3

## Fortsetzung Anhang 3

Bereich		Position	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002
Gesellschafts- ordnung	608	Multikulturalismus negativ	-	-	-	-	-	-	0,6
	503	Gerechtigkeit	<b>2,9-</b>	5,2+	<b>5,9-</b>	<b>3,5-</b>	<b>4,4-</b>	<b>6,0-</b>	<b>3,3-</b>
	605	Ruhe und Ordnung	1,4	0	1,4	<b>0,7+</b>	<b>4,5+</b>	<b>2,7+</b>	<b>3,8+</b>
	606	Soziale Harmonie	1,7	<b>2,5+</b>	<b>1,6+</b>	0,4	0,7	1,4	1,5
	105	Militär negativ	<b>1,8-</b>	<b>5,3-</b>	<b>4,2-</b>	<b>4,4-</b>	<b>2,0-</b>	<b>2,2-</b>	<b>1,5-</b>
	104	Militär positiv	<b>2,2+</b>	<b>1,2+</b>	<b>1,7+</b>	0,7	1,2	0,7	<b>1,1+</b>
Sonstige Innenpolitik	706	Nicht-wirtschaftlich definierte Gruppen	5,0	1,6	4,8	8,5	7,9	7,8	4,1
	201	Freiheit und Verwirklichung von Menschenrechten	6,1	5,8	5,0	4,2	2,1	1,9	2,6
	202	Demokratie	4,4	1,7	2,5	2,2	2,4	3,5	2,5
	203	Konstitutionalismus positiv	2,9	3,5	3,7	1,2	0,4	0,2	0,5
	204	Konstitutionalismus negativ	-	-	-	0	0	-	-
	301	Dezentralisierung	0,3	1,8	0,6	0,6	1,3	1,1	1,1
	302	Zentralisierung	-	0,6	-	0,2	-	-	-
	303	Leistungsfähigkeit von Regierung und Administration	3,0	3,5	2,3	2,0	5,0	7,0	4,4
	304	Politische Korruption	-	0,5	0	0,2	0	-	0,6
	305	Politische Autorität	1,4	3,5	0,6	1,7	1,4	2,1	1,5
	502	Kunst, Sport, Freizeit und Medien	3,7	1,7	2,1	3,2	3,2	1,9	2,4
	506	Bildungssystem pro Expansion	3,9	1,0	1,3	3,5	3,1	4,0	6,0
507	Bildungssystem anti Expansion	-	-	-	-	0	0	0,1	
705	Unterprivilegierte Minoritäten	1,3	2,7	2,7	2,2	3,9	2,5	2,6	
Außenpolitik	107	Internationalismus positiv	3,9	3,6	3,9	4,0	3,9	3,7	6,8
	108	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft/Europa positiv	3,4	2,8	4,0	2,6	3,2	7,7	6,8
	109	Internationalismus negativ	0,1	-	-	0	-	0	0
	110	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft/Europa negativ	0,1	-	0	-	0	0,4	0,3
	101	Spezielle Auswärtige Beziehungen positiv	3,3	2,5	2,0	0,2	0,3	0	0,2
	102	Spezielle Auswärtige Beziehungen negativ	1,0	0,4	0	-	-	-	-
	103	Anti-Imperialismus	0,2	-	0	-	0	-	-
	106	Frieden	1,9	4,3	2,0	0,7	1,0	0,4	1,1

- 1) Vgl. zum ursprünglichen Positionscode Volkens 1998. Ein + hinter der Prozentzahl bedeutet, dass die entsprechende Kategorie den höchsten bzw. zweithöchsten Faktorwert auf dem zweiten Faktor hat, ein - entsprechend den niedrigsten bzw. zweitniedrigsten Faktorwert; vgl. Anhang 4 zu den Ladungen.

## Anhang 4

### Die Ladungen der Parteien auf den ersten beiden Faktoren: Ergebnisse für die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wahlprogramm-Aussagen der deutschen Parteien von 1980 bis 2002<sup>1)</sup>

#### 1. Wirtschafts-, sozial- und finanzpolitische Positionen

Jahr	1980		1983		1987		1990		1994		1998		2002	
	I	II												
SPD	,92	-,38	,90	-,40	,98	-,11	,79	-,43	,94	-,32	,85	-,32	,93	,17
CDU	,93	,35	,63	,77	,95	,01	,91	,32	,83	,43	,91	,36	,78	,61
FDP	,97	-,12	,83	,27	,77	,62	,75	,60	,79	,52	,66	,71	,73	,63
Grüne	-	-	,48	-,49	,76	-,64	,86	-,12	,78	-,53	,79	-,56	,89	-,33
PDS	-	-	-	-	-	-	,81	-,36	,77	-,57	,67	-,57	,70	-,70
von I und II erklärte Varianz	97%		90%		95%		87%		93%		89%		94%	

#### 2. Gesellschaftspolitische Positionen

Jahr	1980		1983		1987		1990		1994		1998		2002	
	I	II												
SPD	,83	-,56	,96	-,12	,82	-,55	,62	-,71	,86	-,37	,97	,10	,94	,11
CDU	,75	,66	,72	,64	,77	,64	,57	,81	,67	,74	,40	,88	,67	,73
FDP	,20	-,08	,82	-,53	,80	-,58	,42	-,57	,79	-,09	,87	-,38	,72	,32
Grüne	-	-	,70	-,71	,71	-,64	,73	-,64	,64	-,75	,35	-,78	,69	-,68
PDS	-	-	-	-	-	-	,57	-,73	,69	-,63	,74	-,65	,75	-,65
von I und II erklärte Varianz	97%		97%		97%		91%		95%		90%		96%	

<sup>1)</sup> Die Ladungen der qua Hauptkomponenten-Verfahren extrahierten Faktoren I und II wurden so rotiert, dass sie auf der ersten Hauptkomponente möglichst gleich hohe Werte bekommen. Das führte gegenüber einer reinen Hauptkomponenten-Analyse zu nur leicht veränderten Werten. Die Ladungen auf II wurden mit -1 multipliziert, wenn sie für linke Parteien ursprünglich positiv waren, so dass positive Ladungen stets für rechte bzw. konservative Inhalte stehen.